

Politiker, hört die Signale!*

Von Roger von Wartburg



Wenn Erziehungsdirektoren eine grosse Zahl von Quereinsteigern, die sich für Schnellbleichausbildungen anmelden, als Ei des Kolumbus präsentieren; wenn Zeitungen einen mediokren Zuwachs der Neuanmeldungen an einer Pädagogischen Hochschule als Basis für das Ende des Lehrpersonenmangels feiern und dies zum Anlass nehmen, uns glauben zu machen, der Lehrerberuf werde in breiten Kreisen weiterhin als attraktiv wahrgenommen – dann weiss der kundige Beobachter, dass etwas faul ist im Staate Dänemark. Der Lehrermangel ist da, und er wird sich in den nächsten Jahren massiv verschärfen. Das weiss jeder, der sich an Fakten statt Wunschträumen orientiert. Die Politik ist gefordert, dieser Entwicklung entschlossen entgegenzuwirken. Nicht mit Worten, sondern Taten.

Lehrermangel in der Schweiz: ein aufgebauschtes Problem?

Die medialen Signale der vergangenen Wochen waren auf den ersten Blick widersprüchlich: Anfang April wurde besorgt vermeldet, schweizweit würden noch mehr als 1800 Lehrerinnen und Lehrer für das kommende Schuljahr gesucht, und dies notabene vier Wochen vor dem zweiten Kündigungstermin. In pechschwarzen Bil-

dern wurde über die Zukunftsperspektiven des Berufsstandes orakelt. Einen Monat später verkündeten dieselben Gazetten beinahe euphorisch, der Lehrerberuf sei wieder gefragt, gar ein neues Interesse daran erweckt. Also alles halb so schlimm, möchte man meinen. Mitnichten! De facto hatte eine einzige Zahl den grossen Meinungsumschwung der Journaille veranlasst: 17 Prozent mehr Studierende als 2010 werden im nächsten Sommer ihre Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule FHNW in Angriff nehmen. Einen revolutionären Aufbruch in bessere Zeiten stellt man sich gemeinhin etwas anders vor.

Fakten statt Träume: sinkende Löhne und fehlender qualifizierter Nachwuchs

Diese voreilig verbreitete Entwarnung ist durchaus als stellvertretend dafür anzusehen, wie die ganze Debatte über den Lehrermangel und die ungenügende Attraktivität des Berufsstandes seit Jahren verläuft: Schönfärberei, Halbwahrheiten und das Vogel-Strauss-Syndrom prägen den Diskurs. Lassen wir deshalb ein paar Fakten für sich sprechen:

- In den **letzten 20 Jahren** sind die **Einstiegsgehälter der Lehrpersonen aller Stufen** im Kanton **Baselland**, wie in vielen anderen Kantonen auch, **real gesunken**.
- Insgesamt **hinkt die Reallohnentwicklung im Unterrichtswesen anderen Branchen** seit Jahren **massiv hinterher**.
- Um die in den **kommenden zehn Jahren** allein durch **reguläre Abgänge entstehenden Lücken** in den Kollegien kompensieren zu können, müssten **alle Pädagogischen Hochschulen** etwa **doppelt (!) so viele Studierende ausbilden**, als sie es aktuell tun.

* *Selbstredend sind Politikerinnen mitgemeint, aber eine genderneutrale Formulierung wäre der beabsichtigten Assoziation ganz einfach abträglich gewesen.*

- Gemäss mehreren Studien bewerten gerade **leistungsstarke Maturandinnen und Maturanden den Lehrerberuf als unattraktiv** und ziehen die Wahl eines pädagogischen Studienganges gar nicht erst in Betracht.
- Bereits heute ist im **Kanton Solothurn jede dritte (!) Sekundarlehrperson nicht für diese Stufe ausgebildet**. Unklar ist, ob in diesem Zusammenhang auch jene **Sekundarlehrpersonen mitefasst** sind, die **zwar über Diplome für besagte Stufe** verfügen, daneben **aber auch noch Fächer unterrichten**, die sie **nicht studiert haben**, was an Sekundarschulen aufgrund des Lehrermangels zunehmend Usus wird. Die diesbezüglichen **Zahlen des Kantons Baselland** wurden inzwischen erhoben, sind jedoch derzeit **noch nicht zugänglich**.

Der Arbeitsmarkt für Lehrpersonen kommt in Bewegung

Jene Kantone, in denen sich der Lehrermangel bis jetzt am akutesten zeigt, haben in den vergangenen Wochen und Monaten reagiert: Ende 2010 erhöhte der Kanton Zürich die Löhne seiner Lehrpersonen, im Mai 2011 zog der Kanton Aargau mit einem neuen Lohndekret nach. Auch die Entscheidungsträger des Kantons Baselland täten gut daran, einen Handlungsbedarf nicht von vornherein auszuschliessen, sondern diese Entwicklungen genau zu verfolgen, um nicht innert kurzer Zeit im interkantonalen Vergleich ins Hintertreffen zu geraten. Dabei gilt es insbesondere zu beachten, dass für junge Studienabgänger Mobilität heute etwas Selbstverständliches darstellt und sie sehr wohl zu prüfen wissen, wie viel man in welchem Kanton für dieselbe Arbeit verdient. So gross ist die Verbundenheit mit dem eigenen Her-

kunftskanton nämlich in der Regel nicht, als dass man auch im Falle schlechterer Anstellungsbedingungen als anderswo um jeden Preis nur in der engeren Heimat auf Stellensuche ginge. Es ist zwar richtig, dass die Lohnfrage nur *eine* wichtige Komponente zur Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs darstellt, aber im Unterschied zu anderen, auch von Politikerseite immer wieder ins Feld geführten Aspekten wie der mangelnden Wertschätzung durch die Gesellschaft, lässt sie sich gesetzlich regeln. Alle Eltern per Verordnung dazu zu verknurren, zweimal wöchentlich den Lehrpersonen ihrer Kinder für ihr Wirken zu danken, scheint vergleichsweise unrealistischer...

Lippenbekenntnisse oder echte Attraktivitätssteigerung?

Die Programme der politischen Parteien überbieten sich geradezu bei der Lobpreisung der Schweizer Bildungsqualität. Der mittlerweile inflationär verwendete Gemeinplatz von der Bildung als «einzigem Rohstoff unseres Landes» ist allgegenwärtig. Vor diesem Hintergrund sollten Investitionen, welche die zukünftige Rekrutierung fähiger, ambitionierter und engagierter Lehrpersonen sowie deren erhöhter Verweildauer an den Schulen dienen, doch eigentlich breitestmögliche Unterstützung erfahren. Geht es jedoch um konkrete Finanzierungspläne, bricht die Phalanx der selbsternannten Bildungspromotoren regelmässig auseinander - als gäbe es keinen Zusammenhang zwischen zufriedenen, qualifizierten und motivierten Lehrpersonen und der viel beschworenen Schulqualität. Dies ist umso unverständlicher, als dass es doch etliche Politikerinnen und Politiker gibt, deren Kinder noch zur Schule gehen oder ihre Schullaufbahn noch gar nicht begonnen haben. Wer selbst Söhne und Töchter hat, welche die Gute Schule Baselland besuchen oder sie dereinst besuchen werden,

kann kein Interesse haben an:

- **ungenügend ausgebildeten Frühfremdlehrpersonen**, die aufgrund einer **hastig aufgelegten Fortbildung** den Kindern **keinen optimalen Start in den Fremdsprachenunterricht** bieten können; im Kinderspital braucht es schliesslich auch kompetente Ärzte und nicht nur Sanitätssoldaten;
- **Lehrpersonen auf der Sekundarstufe I**, die **Mathematik und Englisch** unterrichten, in Tat und Wahrheit aber **Sport, Geographie und Biologie studiert haben**;
- **Lehrerinnen und Lehrern auf allen Stufen**, die ihre Profession **nicht aus Überzeugung** gewählt, sondern nur die **Chance auf eine vermeintlich bequeme Lösung** aufgrund der **stetig gesenkten Anforderungen bei der Ausbildung** ergriffen haben.

Wofür der LVB einsteht: unser Verständnis eines echten Qualitätsmanagements

Der LVB wird sich weiterhin konsequent einsetzen für:

- **anspruchsvolle und gleichzeitig praxisnahe Ausbildungsgänge für angehende Lehrpersonen**;
- **verlässliche, attraktive und konkurrenzfähige Anstellungsbedingungen**;
- **eine angemessene Ressourcierung des sich stetig erweiternden Pflichtenhefts der Lehrpersonen**.

Lehrerlöhne

Die LCH-Studie von PricewaterhouseCoopers PWC hat den im Vergleich zu anderen Berufsgruppen bestehenden Nachholbedarf bei den Lehrberufen klar aufgezeigt (siehe www.lch.ch; rechter Randbereich).

Bei der Reallohnentwicklung beginnt der Markt um die gut qualifizierten Lehrpersonen zu spielen. Während Basel-Stadt gemäss der Beantwortung einer entsprechenden Interpellation im Landrat keinen Handlungsbedarf feststellen kann(!), haben andere Kantone die Zeichen der Zeit erkannt und Bewegung in die Lehrerlöhne gebracht. Wenn unser Kanton nicht plötzlich ohne qualifiziertes Lehrpersonal dastehen will, werden Anpassungsschritte bald auch aus Arbeitgebersicht unumgänglich.

Das sind die kurzfristig umsetzbaren Forderungen des LVB an den Kanton BL:

- Sofortiger Ausgleich des aktuellen Teuerungsrückstands (inkl. GAP-Jahre) von 2.8%;
- voller Ausgleich der aktuellen Teuerung per 01.01.2012;
- Anpassung der Löhne von Lehrpersonengruppen, welche von anspruchsvolleren neuen Ausbildungsvoraussetzungen betroffen sind;
- Reduktion der Pflichtlektionen zugunsten anderer Aufgaben der Lehrpersonen.

Mitsprache der Lehrpersonen bei Schulleitungswahlen

Von Christoph Straumann

Der **Landrat** hat an seiner Sitzung vom 05.05.2011 eine **Motion** von Rolf Richterich (2010-383), die eine Neuregelung der **Mitsprache von Lehrpersonen bei Schulleitungswahlen** verlangt, überwiesen.

Der LVB nimmt diesen Entscheid zur Kenntnis. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass in letzter Zeit vielerorts Neubestimmungen von Schulleitungsmitgliedern mit mehr oder weniger lauten Nebengeräuschen über die Bühne gegangen sind. Meist war eine unterschiedliche Interpretation des sogenannten Wahlempfehlungsrechts ausschlaggebend.

Das Argument der Motion, dass auch Kandidierende für eine Schulleitungsstelle ein Anrecht auf eine vertrauliche Bearbeitung ihrer Bewerbung hätten, kann im Sinne einer Gleichberechtigung mit der Bewerbungssituation für andere Arbeitnehmende nachvollzogen werden. Für einen einvernehmlichen Vorschlag für eine Änderung des Bildungsgesetzes wird es aber nötig sein, dass die Mitsprache der Lehrpersonen auf einem anderen Weg – z.B. über eine stimmberechtigte Einsitznahme einer Konventsvertretung im Findungsgremium, wie sie auch andernorts üblich ist – ausreichend und verbindlich sichergestellt wird.

Der LVB geht davon aus, dass er in die Bearbeitung dieses Geschäftes eingebunden wird.